Landtag von Sachsen-Anhalt

Drucksache 7/1202
03.04.2017

Kleine Anfragen für die Fragestunde zur 12. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

1. Abgeordneter Oliver Kirchner (AfD)

Ausstattung Personalisierungsinfrastrukturkomponente

Laut Information des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) können derzeit mehr als 90 % der Ausländerbehörden in Deutschland aufgrund fehlender Personalisierungsinfrastrukturkomponenten keine Fingerabdrücke von Asylsuchenden vergleichen. Die Personalisierungsinfrastrukturkomponente ist notwendig, um Fingerabdrücke abzunehmen und zu vergleichen. Missbräuchliche Mehrfachregistrierungen sind demnach weiterhin möglich (welt.de, 07.02.2017).

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viel Prozent der Ausländerbehörden in Sachsen-Anhalt nutzen bis dato eine Personalisierungsinfrastrukturkomponente?

2. Welche Maßnahmen zur Unterstützung der Kommunen zur Umsetzung eines flächendeckenden Einsatzes von Personalisierungsinfrastrukturkomponenten hat die Landesregierung ergriffen?

(Ausgegeben am 03.04.2017)

2. Abgeordneter Sebastian Striegel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auflösung des Beirates des Landesprogramms für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt

In der sechsten Wahlperiode beschloss der Landtag das Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt. Im Koalitionsvertrag findet sich dazu: „Das 'Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt' ist ein gutes und geeignetes Instrument. Unter Nutzung neuer Strategien und der Einbindung aller Ressorts setzen wir die Maßnahmen konsequent um und entwickeln qualitative Kriterien und bis Ende 2017 eine Zeitschiene zur Weiterentwicklung des Programms.“

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum und mit welchem Ziel wurde der Beirat aufgelöst?

2. Welche gesellschaftlichen Organisationen sollen nach welchem Zeitplan die Fortführung des Landesprogramms begleiten?

3. Abgeordnete Cornelia Lüddemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entwicklung der Batterietechnologie für Elektromobilität

Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist bis zum Jahresende 2020 eine Million Elektroautos auf die Straßen in Deutschland zu bringen. Global betrachtet, boomt vor allem in China der Verkauf von Elektroautos bereits mit über einer halben Million Neuzulassungen im Jahr 2016.

In Deutschland ist neben der bisher nicht ausreichenden Ladeinfrastruktur und dem Anschaffungspreis, die aktuell noch relativ geringe Reichweite von Elektroautos ein Hemmnis zur Anschaffung, obwohl die Reichweite für den normalen täglichen Gebrauch bereits ausreicht.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bzw. mit welchen Aktivitäten unterstützt die Landesregierung die Entwicklung der Reichweite von Elektroautos bis zum Jahr 2025?

2. Wie profitiert das Land Sachsen-Anhalt vom Bundesprogramm Ladeinfrastruktur des BMVI?

4. Abgeordneter Olaf Meister (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entwicklung des Wassertourismus in Sachsen-Anhalt

Der Wassertourismus in Sachsen-Anhalt ist ein noch lange nicht gehobenes Potenzial unseres Bundeslandes, welcher mehrere tausend neue nachhaltige Arbeitsplätze bringen könnte.

Der angekündigte Rückzug des Ausflugschiffes „Captain Fu“ in Merseburg sowie die Beschwerden der Saaleschiffer in Halle (Saale) dämpfen jedoch die Hoffnungen auf eine schnelle Weiterentwicklung.

Im Artikel zur Problematik in Merseburg aus der Mitteldeutschen Zeitung vom 9. März 2017 heißt es:

„Schuld seien die Schleusen, die vom Wasser- und Schifffahrtsamt nur von Mai bis Oktober offiziell geöffnet werden. Außerhalb der Betriebszeiten können auch Schleusungen angemeldet werden, die sind dann aber kostenpflichtig. 25 Euro kostet eine Schleusung für Gewerbetreibende, Privatleute dürfen kostenlos passieren“.

Auch in Halle (Saale) sind die Schleusen nur vom 1. Mai bis 15. Oktober besetzt und Sonderschleusungen können abgelehnt werden, was die Planung der Saaleschiffer erschwert.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hat die Landesregierung davon erfahren, dass touristische Angebote aufgrund der geringen Öffnungszeiten der Schleusen an der Saale bedroht sind?

2. Welche Aktivitäten plant die Landesregierung, um in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ämtern bzw. Behörden die Öffnungszeiten der Schleusen attraktiver zu gestalten?

5. Abgeordneter Wolfgang Aldag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Möglichkeiten der Plastik-/Verpackungsmüllvermeidung

Eine Studie des „World Economic Forum“ vom 19. Januar 2016 prognostiziert, dass im Jahr 2050 mehr Plastik als Fisch - bezogen auf das Gewicht - in den Weltmeeren vorhanden sein wird. Dazu darf es nicht kommen. Die steigende Anzahl von sogenannten Unverpackt-Läden in Deutschland sowie die Ankündigungen mehrerer Handelsketten, Plastiktüten nur noch gegen Aufpreis auszuhändigen oder ganz auszulisten, zeigt die zunehmende Sensibilisierung der Bevölkerung und der Wirtschaft.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Ansatzpunkte zur Reduzierung von Verpackungsabfällen gibt es aus Sicht der Landesregierung?

2. Welche Möglichkeiten sind der Landesregierung bekannt, um speziell bei Imbissen, Systemgastronomie, Apotheken, Kiosken und Bäckereien bzw. Backshops Verpackungsabfälle insbesondere Plastikverpackungen zu reduzieren?

6. Abgeordneter Thomas Höse (AfD)

Landesaufnahmeeinrichtung (LAE) in der Breitscheidstraße in Magdeburg

Im Mai 2016 wurde der erste Bauabschnitt der Landesaufnahmeeinrichtung (LAE) in der Breitscheidstraße in Magdeburg fertiggestellt. Für die Errichtung von etwa 370 Unterbringungsplätzen für Asylbegehrer wurden ca. 12 Mio. Euro öffentlicher Mittel investiert.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Bewohner waren zu den Stichtagen 1. September 2016, 1. Dezember 2016 und 1. März 2017 in der Landesaufnahmeeinrichtung in der Breitscheidstraße untergebracht?

2. Ist der Ausbau dieser Landesaufnahmeeinrichtung weiterhin angedacht bzw. in Planung?

7. Abgeordneter Mario Lehmann (AfD)

Ausreisepflichtige Gefährder in Sachsen-Anhalt

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele als sogenannte Gefährder eingestufte Ausländer in Sachsen-Anhalt sind derzeit ausreisepflichtig?

2. Bitte schlüsseln Sie die Anzahl der Personen, bei denen Abschiebehindernisse vorliegen, nach den jeweilig zugrundeliegenden Abschiebehindernissen auf (Kategorisierung ausreichend, bspw. ungeklärte Staatsangehörigkeit, keine Rücknahme durch Heimatländer, Krankheit etc.).

8. Abgeordneter Hagen Kohl (AfD)

Verwendung von Polizeivollzugsbeamten im Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Dienstposten, die der Laufbahn des Polizeivollzugsdienstes zuzuordnen sind, waren mit Stand 1. März 2017 vakant?

2. Wie viele Polizeivollzugsbeamte waren mit Stand 1. März 2017 auf Dienstposten eingesetzt, die nicht originär dem Polizeivollzugsdienst zugeordnet sind?

9. Abgeordneter Hendrik Lange (DIE LINKE)

Tagebaurestloch Freiheit III

Mit dem Planfeststellungsbeschluss vom 9. August 2013 wurde die Errichtung und der Betrieb einer Deponie der Deponieklasse II in der Stadt Sandersdorf-Brehna im Ortsteil Roitzsch Tagebaurestloch Freiheit III genehmigt.
Laut dem Bericht zur Standortsuche auf Flächen des Braunkohlebergbaus (vom Dezember 1993) ist das Tagebaurestloch Freiheit III für die Nachnutzung als Deponiestandort nicht geeignet.
Nur durch eine dauerhafte technische Grundwasserabsenkung durch die MDSE kann sichergestellt werden, dass der Deponiekörper nicht mit dem Grundwasser in Berührung kommt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum wurde trotz der festgestellten Nichteignung dieses Standortes für die Nachnutzung als Deponiestandort, die im Bericht zur Standortsuche auf Flächen des Braunkohlebergbaus (Dezember 1993) beschrieben wird, eine Genehmigung für die Deponie DK II erteilt?

2. Warum wurde die DK II auf Freiheit III genehmigt, obwohl bei Ausfall der Zwangswasserhaltung durch die MSDE ein Grundwasseranstieg auf 90 m ü. NN zu erwarten ist und damit der Deponiekörper mit dem Grundwasser in Berührung kommt?

10. Abgeordnete Henriette Quade (DIE LINKE)

Folgen des Organisationsgesetzes Sachsen-Anhalt (OrgG LSA)

Laut Antwort der Landesregierung auf die Drs. 7/1131 gehen mit dem Doppelhaushalt 2017/2018 die Fachkapitelstellen des Landesverwaltungsamtes in das Ministerium für Inneres und Sport über.
Laut §14 Abs. 3 Satz 1 OrgG LSA besteht jedoch für die Referate 601, 602, 609 und 610 im Landesverwaltungsamt die Fach- und die Dienstaufsicht beim Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie soll in den betroffenen Referaten des Landesverwaltungsamtes die Ausübung der Dienstaufsicht des MS gesichert werden, obwohl die Stellen jetzt zum MI gehören?

2. Werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den betroffenen Referaten weiterhin durch den Hauptpersonalrat des MS vertreten oder ist jetzt der Hauptpersonalrat beim MI zuständig?

11. Abgeordnete Kristin Heiß (DIE LINKE)

Gründung einer gemeinnützigen Holding - Fusion des Altmarkklinikums mit einer Tochter der Salus gGmbH

Ich frage die Landesregierung:

1. In welchen Bereichen und in welchem Umfang geht die Landesregierung von Synergieeffekten vor dem Hintergrund aus, dass psychiatrische und somatische Kliniken vollständig unterschiedliche Abrechnungssysteme haben?

2. Wer wird in welchem Umfang für die aktuellen Defizite des Altmarkklinikums aufkommen?

12. Abgeordnete Dr. Katja Pähle (SPD)

Rettung von wertvollem schriftlichen Kulturgut

Erhebliche und zeitgeschichtlich bedeutende Bestände sind von massivem Säurefraß, Schimmel und Feuchtigkeit bedroht. Die Kulturministerin des Bundes spricht von „zu befürchtenden gravierenden Lücken in dem kulturellen Gedächtnis unseres Landes“.

Der Bund hat für das Jahr 2017 eine Mio. Euro für die Rettung des national wertvollen schriftlichen Kulturerbes zur Verfügung gestellt und hofft damit gegenüber den Ländern ein Zeichen zu setzen, sich stärker in diesem Bereich zu engagieren.

Auch Sachsen-Anhalt verfügt über umfangreiche und national bedeutende Bestände schriftlichen Kulturguts. Im Doppelhaushalt 2017/2018 wurden die Mittel für den Erhalt und Erwerb von Archivgut von 107.000 Euro auf 150.000 Euro erhöht. Damit ließen sich aber maximal 150.000 Euro der Bundesmittel binden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit und in welchem Umfang wird eine Bindung der vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel beabsichtigt?

2. Welche Maßnahmen wurden bereits unternommen, um diese Mittel zu binden?

13. Abgeordneter Dr. Andreas Schmidt (SPD)

Betretungsverbot für Fans des HFC

Zum Heimspiel des HFC gegen Fortuna Köln am 25. März 2017 hat die Polizei Betretungsverbote für den Erdgas-Sportpark gegen Fans des HFC ausgesprochen. Hintergrund war ausweislich der Medienberichterstattung ein Schreiben des HFC-Fankurvenrates, des HFC-Fanszene e. V. und der Saalefront-Ultras an den Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale) zur Versetzung des Leiters des halleschen Fanprojekts, Steffen Kluge, innerhalb der Stadtverwaltung.

Ich frage die Landesregierung:

1. Lagen die Gründe für die ausgesprochenen Betretungsverbote in der Korrespondenz der genannten Gruppen mit dem halleschen Oberbürgermeister und der Versetzung des Leiters des halleschen Fanprojekts vor?

2. Ist die Lageeinschätzung der Polizei, die zu den Betretungsverboten geführt hat, in Abstimmung mit oder auf Wunsch der Stadt Halle zustande gekommen?

14. Abgeordneter Andreas Höppner (DIE LINKE)

Gründung einer gemeinnützigen Holding - Fusion des Altmarkklinikums mit einer Tochter der Salus gGmbH

Ich frage die Landesregierung:

1. In welchem Umfang bzw. in welchen Bereichen wird der Landkreis künftig Einfluss auf die Holding haben? Die Frage bezieht sich insbesondere auf weitere Veränderungen in der Zukunft, wie ggf. Privatisierungsbestrebungen für einzelne Bereiche oder des ganzen Klinikverbundes.

2. Welcher Tarifvertrag wird künftig für die Beschäftigten der Holding gelten?

15. Abgeordneter Daniel Roi (AfD)

Versicherungsschutz an Standorten von Ortsfeuerwehren

Die Landesregierung plant im neuen Brandschutzgesetz, dass zukünftig innerhalb von Ortsfeuerwehren in geringer Anzahl unselbständige Standorte gebildet werden können. Als Standorte dienen geeignete Gebäude in kleinen Ortschaften von denen aus im Einsatzfall Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr ausrücken können.

Ich frage die Landesregierung:

1. Gibt es bereits Ortsfeuerwehren in Sachsen-Anhalt, die als Standorte anderer Ortsfeuerwehren fungieren?

2. Gelten für die Gebäude der Standorte von Ortsfeuerwehren zukünftig die gleichen Vorschriften, wie für Ortsfeuerwehren, insbesondere hinsichtlich Versicherungsschutz und Unfallverhütung?